

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißner Buchdruckerei (Johann D. Ström) für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Bezugspreis:

Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldpf. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsbezirk, sowie im In- u. Auslande, 75 G. - Pf. u. Postbefreiung. Preise frei, Nachherzahlung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpf.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Wiedererstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Anzeigerinnen jederzeit entgegen.

Die Redaktion ist in Neuenbürg, C. Meißner Buchdruckerei.

Anzeigenpreis:

Die einsp. Zeile ober deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpf., Rekl.-Zeile 50 Goldpf., m. Inf.-Streu. Kollekt. Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Anzeigerstellung 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnerfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird besonderer Gebühr übernommen.

Nr. 241.

Neuenbürg, Montag, den 13. Oktober 1924.

82. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 11. Okt. Die von der Deutschen Liga für Menschenrechte, Arbeitsgemeinschaft Schützpat, auf Montag, den 13. Oktober, abends 7/8 Uhr im Saalbau Dinkelsäuer angelegte öffentliche Versammlung mit Vortrag: „Die europäische Lage und die deutsch-französische Verständigung“ ist wegen der damit verbundenen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit verboten worden, da in der Versammlung u. a. der Professor Viktor Bafsch von Paris sprechen soll, der durch die Art seines bisherigen öffentlichen Auftretens in weiten Kreisen harte Erregung hervorgerufen hat.

Karlsruhe, 11. Okt. Nach einer Mitteilung des französischen Konsulats in Karlsruhe wird auch in diesem Jahre aus Anlaß des Allerheiligens und Allerfestentages deutschen Staatsbürgern die Einreise nach Elß-Lothringen zum Besuch der Gräber ihrer Angehörigen gestattet. Sie haben zu diesem Zwecke der französischen Grenzkontrolle außer dem deutschen Reisepaß noch eine Bescheinigung des Bürgermeistersamtes des französischen Heimatortes, daß sich auf dem Friedhof das Grab eines Angehörigen befindet, persönlich vorzulegen und eine Gebühr von 10 Francs zu entrichten. Der Aufenthalt wird nur für eine höchstens von 48 Stunden gestattet und ist auf den 1. und 2. November beschränkt.

München, 11. Okt. Gestern abend ist amtlich bekannt geworden, daß durch Kabinettsbescheid der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, Staatsrat Ludwig von Krüzingen, die Stelle des Präsidenten der Regierung von Oberbayern einnimmt, während der bisherige Regierungspräsident von Fahr auf die Stelle des Präsidenten des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes berufen worden ist. Der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. von Künzing wurde zum Präsidenten der Staatspräsidentenverwaltung ernannt.

Dortmund, 11. Okt. Die Stadtsitz Nachrichtenstelle gibt bekannt, daß laut Mitteilung des Generals Morry an den Oberbürgermeister von Dortmund vom 11. d. Mts. die Besatzung der Stadt Dortmund durch die Besatzungsgruppen im Sinne des 20. Oktobers erfolgen wird.

Leipzig, 11. Okt. In eine sozialdemokratische Versammlung, die am Freitag in Bismarck stattfand, drangen unter der Führung des Abg. Wiederkehr, wie sozialdemokratische Blätter melden, 100 Kommunisten ein, die zum Teil mit Stöcken und Knütteln bewaffnet waren. Während der Rede Kipinski verteilten sie im Saale Flugblätter. Als ihnen das verboten wurde, wurde plötzlich im Saale das Licht ausgeblendet und die Versammlungsbesucher wurden mit Steinen, Gummiknüppeln, Dolchen, Seitengewehren und anderen Schlag- und Stoßwaffen bedroht. Ein Angehöriger des Reichstages, Schwarz-Rot-Wald, erhielt dabei eine größere Stichwunde. Die beteiligten Landespolizei verhaftete acht Personen.

Verband württ. Industrieller.

Heutlingen, 10. Okt. Der Verband württ. Industrieller trat gestern hier zu seiner Mitgliederversammlung zusammen. Seit über 100 Teilnehmer aus allen Ecken des Landes hatten sich dazu eingefunden. Am Vormittag hatte eine Besichtigung des Technikums für Textilindustrie stattgefunden. Nach den Begrüßungen sprach der stellv. Vorsitzende, Geheimrat Dr. Brudmann, über die Lage des deutschen Volkes, ferner Direktor Hugo Bort-Stuttgart über das Thema „Rehabilitierte Industrie-Arbeit — muß sie im Gegensatz zur freien Arbeit Mensch und Kultur gefährden?“. Die Versammlung nahm nach kurzer Aussprache Entschlüsse an, in denen zur Handelspolitik das besondere Interesse der württ. Ausfuhrindustrie an dem Abschluß von Handelsverträgen betont wurde und als Anfang einer Abkehr von den bisherigen Methoden des Handelskriegs gegen Deutschland das deutsch-spanische Handelsabkommen, das für wichtige Bezirke der württ. Industrie die Voraussetzungen für eine Wiederbelebung ihres Absatzes nach Spanien bringe, begrüßt wurde. Die Versammlung sprach sich deshalb für die Annahme des Abkommens aus. Zur Frage der Steuerpolitik wurde das Vorgehen der Finanzämter, die im Gegensatz zu der Auffassung des Reichsfinanzministers die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht genügend berücksichtigen, als besonders scharf bezeichnet. Ferner forderte die Mitgliederversammlung eine Steuerreform.

Die Abfahrt des J. R. 3 noch einmal verschoben.

Friedrichshafen, 11. Okt. Die auf heute früh 7/7 Uhr angelegte Abfahrt des J. R. 3 mußte um 8 Uhr wegen andauernden Nebels noch einmal abgesetzt werden. Der Feindtätigkeit der Luft war zu groß. Er hätte das schwer beladene Fahrzeug noch weiter beauftragt und die Tragfähigkeit stark überfordert, auch hätte man gleich zu Anfang zwei Ballast abgeben müssen. So entschloß sich Dr. Köhner schwere Herzen, aber seiner Verantwortung bewußt, die Fahrt noch einmal zu verschieben. Es ist nunmehr in Aussicht genommen, morgen Sonntag um dieselbe Zeit die Abreise vorzunehmen.

Die bayerische Volkspartei für eine Rechtskoalition.

München, 11. Okt. Das führende Organ der bayerischen Volkspartei, der Bayerische Kurier, gibt heute die Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei zur Regierungskrise im Reich bekannt und führt dabei aus, daß der Miß im Zentrum völlig unannehmbar wäre, wenn die Richtung des Herrn Dr. Wirth auch nur vorübergehend aus Klüften käme. In diesem Augenblick erwachte der bayerischen Volkspartei die heilige Pflicht, die Tradition des alten Zentrums allein und ausschließlich weiter zu pflegen. Sie hätte dann die Aufgabe, alle jene an sich zu sammeln, die die Fortführung der Windhorst'schen Politik, nicht aber die Begründung einer christlich-sozialistisch-demokratischen Parteigemeinschaft anstreben. Sie hätte die Aufgabe, die bisher gewährte Herrschaft und Beschränkung auf die bayerischen Landesgrenzen aufzugeben und das Banner Windhorst in ganz Deutschland aufzuführen.

Die Ursache des Mainzer Eisenbahnunglücks.

Als Ursache des Eisenbahnunglücks in Mainz ist in mehreren Nachrichten, die aus französischen Quellen kommen, das angeblich schlechte Funktionieren der Kump-Kumpbremse angegeben worden. Diese Nachricht ist, wie wir von unrichtiger Seite erwidern, falsch und kann nur so gefälscht werden, daß gewisse Stellen unter allen Umständen versuchen, die Schuld abzumäßen und gleichzeitig deutsche Einrichtungen in Mißkredit zu bringen. Tatsache ist nämlich, daß in dem aus einer Lokomotive und 13 vierachsigen Wagen bestehenden D-Zug kein einziges Fahrzeug mit der Kump-Kumpbremse ausgerüstet war; 12 Wagen hatten die auf französischen Bahnen ausschließlich verwendete Druckluftbremse der Bauart Westinghouse. Da die Lokomotive und die vorderen 5 Wagen des Zuges ihre Fahrt alsbald nach dem Unfall ohne weiteres fortsetzten, so muß, wenn wirklich die Luftdruckbremse schlecht funktioniert haben soll, die Ursache bei dem letzten, mit Westinghouse-Bremse ausgerüsteten Wagen gesucht werden. Es ist wohl anzunehmen, daß die entscheidend falsch unterrichteten amtlichen französischen Stellen die unzutreffende Meldung berichtigten werden.

Die französische Friedens-Propaganda und die Vaterländischen Verbände.

Hagen, 11. Okt. Auf Veranlassung der Hagenen Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft soll am 15. Oktober in der hiesigen Stadthalle ein Vortrag des französischen Generals Barrou stattfinden. Die Vaterländischen Verbände haben eine Eingabe an den Polizeipräsidenten gerichtet, dem General ein öffentliches Auftreten und Reden in Hagen zu verbieten.

Protest gegen Viktor Bafsch.

Die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags hat folgende kleine Anfrage eingebracht: „Nach dem Bericht des sozialdemokratischen „Potsdamer Volksblattes“ hat Viktor Bafsch in seiner in deutscher Sprache gehaltenen Rede in Potsdam vor dem Einwohnern Potsdams den Ausdruck die „Sozialdemokraten“ gebraucht. Er hat die Nationalen und Völkischen als „Gefindel“ bezeichnet. Die Rede ströhte von Beschönigungen; so nennt er die Reichsregierung die „schöne deutsche Regierung“, ein Ausdruck, welcher einem Deutschen gegenüber das Geseh zum Schande der Republik angewendet würde. Er verlangt volle Bezahlung von Deutschland, da es die Schuld am Kriege trage. Er erklärte, trotz des Verbotes nach Nürnberg zu gehen und dort zu reden, also Widerspruch gegen die Regierung. — Ist die Reichsregierung nach diesen Vorwürfen endlich bereit, diesen Provokationen ein Ende zu machen und Viktor Bafsch am weiteren öffentlichen Auftreten zu hindern?“

Reineidverfahren gegen den Polizeipräsidenten von Magdeburg.

Der Strafsenat des Oberlandesgerichts Raumburg hat gegen den zurzeit beurlaubten Polizeipräsidenten von Magdeburg, Krüger, ein Reineidverfahren eingeleitet. Der Beschluß gründet sich auf Vorgänge in einem Beleidigungsprozess, den Krüger gegen den Inhaber des Kaffee Peters, den Schwirt Koffal und seine Frau in Magdeburg, angeklagt hat und der mit der Freisprechung der Angeklagten endete. Nach dem Freispruch des Kaffee Peters hatte dessen Rechtsanwalt bei der Magdeburger Staatsanwaltschaft gegen Krüger Anzeige wegen Reineids erhoben. Krüger, der in ansehnlichen Händen nach der Polizeistunde in das Kaffee Peters gekommen war, hatte geschworen, mit Frau Koffal nicht gekannt, sie nicht gekannt und unkenntlich berüchtelt zu haben. Die Beweisnahme vor der Magdeburger Strafkammer hatte die Unrichtigkeit seiner Aussagen ergeben.

Die ausgehobene Hälbergerzentrale eine Einrichtung der kommunistischen Partei.

Berlin, 11. Okt. Es ist jetzt einwandfrei festgestellt, daß die jüngst in Reußlin ausgehobene Hälbergerzentrale eine Einrichtung der kommunistischen Partei ist. Mittels einer peinlich genau geführten Registerkarte konnte ermittelt werden, daß rund 640 Hälberger und nur an Angehörige der kommunistischen Partei abgegeben wurden. Unter diesen befinden sich fast alle bekannten Kommunistenführer und fast alle gegenwärtig politisch oder gerichtlich gefaschten Kommunisten. Außerdem wurden die Auskünfte sämtlicher Berliner ausländischen Konsulate über Einreisebestimmungen vorgelesen, die soweit sie aus dem Jahre 1923 stammen, an den württembergischen kommunistischen Abgeordneten Stetter, soweit sie aus dem Jahre 1923 stammen, zum Teil an den kommunistischen Abgeordneten Gabel, zum anderen Teil an kommunistische Reichstagsabgeordnete gerichtet waren. Ferner wurden fertige Bogen, Umschläge und Verdrüße zahlreicher Stimmenvorgaben, die zur Ausstellung solcher Stimmengangslisten und -nennungen waren.

Ausland.

Rom, 9. Okt. Kronprinz Humbert hat sich mit der Prinzessin Maria von Belgien verlobt. Die öffentliche Bekanntgabe der Verlobung wird nach der Rückkehr des Prinzen nach Italien erfolgen.

London, 11. Okt. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph erwartet, daß jetzt, nachdem die Anleiheverträge zwischen Deutschland und den beteiligten Banken unterzeichnet sind und der Darlehen damit praktische Wirksamkeit erlangt, die allmähliche Klärung des Ruhrgebietes durch die französisch-belgischen Streitkräfte in bezug auf die Teile des Gebietes bestimmt werde, die an erster Stelle geräumt werden sollen, und daß die Höchstgrenze der Besetzung für die übrigen Teile des Gebietes mit Zustimmung der in Betracht kommenden Regierungen abgeklärt werde.

London, 11. Okt. Lord George bemüht sich wegen der schlechten Aussichten des Wahlkampfes für die Konservativen um eine Koalition mit den Konserverativen.

Madrid, 11. Okt. Der stellvertretende Präsident des Direktors erklärte, daß die spanische Offensive in Marokko vorläufig eingestellt werde. Weitere Stellungnahmen würden geräumt werden.

Rücktritt des Generals Degoutte.

General Degoutte ist vom Oberkommando der Rheinarmee abgetreten. Wie es in dem offiziellen Communiqué heißt, wird er auf seine Bitte zu einer anderen Stellung berufen. Auf Vorschlag des Kriegsministers Kollet befehligt der heutige französische Minister der Ernennung des Generals Gullmann zum Kommandierenden der französischen Rheinarmee. Dieser ist Mitglied des obersten Kriegsrates und vor einigen Tagen in einer Sondermission nach Griechenland abgereist, wo er den militärischen Unterricht reorganisieren sollte. Vorläufig steht noch nicht fest, wann er seinen Posten antreten wird. Ein höherer Generalstabsoffizier, der unter General Degoutte diente, erklärte dem Korrespondenten, daß dieser besonders lebenswürdig sei und als einer der beständigsten französischen Offiziere gelten könne.

Wachsende Schwierigkeiten für Herriot.

Paris, 11. Okt. Herriot hat schwer dafür zu büßen, daß er Macdonald seinen lieben Freund nannte und sich in einem übrigens demontierten Interview zuversichtlich über die Aussichten der englischen Arbeiterpartei äußerte. Auf der pariser Front greifen ihn die Blätter des früheren Bloc National an und erheben gegen ihn die fonderbare Behauptung, sich in die innere Politik Englands einmischen zu wollen. Die Schwierigkeiten Herriot's in der Frage der Gehaltsüberhöhung der französischen Staatsbeamten und der Verschlechterung des Frankens werden jetzt von der nationalistischen Presse besonders hart ausgebeutet, um die Kartellregierung als unfähig und gefährlich für Frankreich hinzustellen. Man verbreitet das Gerücht, daß Herriot in Kürze das Portefeuille des Finanzministers aufgeben und sich als Minister ohne Portefeuille betätigen werde. Gerade findet ein wichtiger Ministerrat statt, in dem neue Ersparnisse beschlossen werden sollen.

Das Wahlprogramm der Arbeiterpartei.

London, 11. Okt. Ramsay Macdonald hat gestern vorläufig nach den Richtlinien, die gestern im Cabinet festgelegt wurden, den Text des sehr umfangreichen Wahlprogramms der Arbeiterpartei verfaßt. Wie ich zuverlässig erlaube, enthält der Wahlaufruf folgende Gesichtspunkte: 1. Einstellung der Außenpolitik auf Sicherung des Friedens durch das Schiedsgerichtsverfahren. 2. Ratifikation der russischen Verträge als einer wichtigen Etappe in der Friedenspolitik der Regierung. 3. Verstaatlichung des Bergbaus, der Erzeugung der Elektrizität und des Großhandels in Lebensmitteln, neue Vorstöße zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Verschärfung des Wahlprogramms in dem soeben verabschiedeten Wohnungsgesetz.

Der Stand der Parteien in England.

Der letzte Stand der Parteien in englischen Unterhaus ist folgender: Konservativ 258, Arbeiterpartei 193, Liberal 158, Unabhängige 5, ein Sitz unbesetzt. Im Jahre 1923 waren die Fraktionsstärken wie folgt: Konservativ 348, Arbeiter 144, Liberal 67, Nationalliberal 20, Unabhängige 8. Es ergibt sich aus der Gegenüberstellung, daß bei den letzten Wahlen fast 100 konservative Mandate verloren gegangen sind und zwar zum größten Teil infolge der Zerstückelung der liberalen und konservativen Stimmen.

Angestreute Völkerverständigung.

Athen, 11. Okt. Nach Salonischer Meldungen hat der Kaiser des Oberkommandos des Völkerverbundes für die Flüchtlingsanleihe, der seinen Sitz in Saloniki hat, gegen den Oberkommandant des Völkerverbundes, Baron von Kaufmann, innere Beschuldigungen erhoben, die bis jetzt einer offiziellen Bestätigung entbehren. Darnach hat Baron von Kaufmann aus der Flüchtlingsanleihe sehr hohe Beträge unterschlagen. Der Oberkommandant wiederum beschuldigt den Kaiser, dem italienischen Konsul wichtige Dokumente vertraulich inbald verkauft zu haben. Der Kaiser wurde auf Grund einer von Baron von Kaufmann erstatteten polizeilichen Anzeige verhaftet.

Die deutsche Anleihe in Amerika überzeichnet!

New-York, 11. Okt. „World“ meldet über den amerikanischen Anteil an der deutschen Anleihe, daß bereits 1 Milliarde Dollars gezeichnet worden sei. Die amerikanische Presse bringt weitere optimistische Meldungen über die Zeichnung der deutschen Anleihe. „World“ betont in ihren großartigen Ausführungen über die Ueberzeichnung der Anleihe: Dieser unerreichte Finanzreord sei umso mehr bemerkenswert, wenn man die antideutschen Gefühle der amerikanischen Bevölkerung erwäge, denn die Anleihe würde hauptsächlich von Privatpersonen und nicht von Körperschaften gezeichnet. Diese betont, daß ihre Hilfe bei dem glänzenden Zeichnungsergebnis überflüssig sei. Die Banken stehen nun vor dem schwierigen Problem, die Ausstellung der Anleihe herabzusetzen, damit die Subskribenten nicht enttäuscht werden und allenfalls ganz leer ausgehen. Die deutsche Anleihe ist von den bekanntesten Millionären Amerikas unterzeichnet worden. Unter ihnen befindet sich auch Henry Ford. Es wird behauptet, daß Ford sich erhoben habe, die amerikanische Quote der deutschen Anleihe ganz allein auf sich zu nehmen.

Straßenkämpfe in Alababod.

Der „Daily Express“ meldet aus Alababod: Die Straßenkämpfe zwischen Hindus und Muselmanen dauerten noch gestern fort. Die Gegner griffen sich mit Säbeln, Soden und Stöcken an. Alle Geschäfte sind geschlossen. Unter der Bevölkerung herrscht Konfusion. Die Zahl der Toten beträgt 9, die der Verwundenen 70.

Beschärfung des Moskauer Konflikts.

Londoner Blätter melden: Entgegen offiziellen Denialskunden in verschiedenen englischen Depots lebhaft Vorber.

